

Editorial

Die ökonomische Krise hat mittlerweile in der EU auch zu einer politischen Krise geführt. Anlass ist die Aufregung um die griechische Staatsverschuldung. Obgleich verschiedene Verschuldungsindikatoren (Verschuldung der privaten Haushalte, teils auch die in der Krise eingegangenen Eventualverbindlichkeiten des Staates) für Irland, Großbritannien oder die Niederlande noch schlechter sind, kaprizieren sich die Spekulationsattacken und die öffentliche Debatte auf Griechenland und die anderen Mittelmeerländer. Budgetär hat die EU Griechenland unter Kuratel gestellt, die EU-Erklärungen zur Unterstützung Griechenlands sind hingegen eher vage gehalten. Nach jüngsten Presseberichten ist von einem Unterstützungsvolumen von 20 bis 25 Mrd. Euro für den Notfall die Rede. Gegenüber der scharfen Forderungsrhetorik an die Adresse Athens verblissen die allgemein gehaltenen Unterstützungserklärungen. Angesichts der harten Sparforderungen der EU verbrannten DemonstrantInnen in Athen die EU-Flagge. In Deutschland hingegen begannen Ökonomen und die Presse darüber zu diskutieren, ob eine Währungsunion ohne Griechenland nicht besser wäre. So befürwortete Wirtschaftsprofessor Dirk Meyer von der Bundeswehruniversität Hamburg in der *Frankfurter Allgemeine* vom 12. Februar 2010 eine Euro-Zone ohne Griechenland. Er vermutete, dass »Griechenland sich einen Austritt damit abkaufen lassen (würde), dass die EU zumindest einen erheblichen Teil der Auslandsschulden übernehmen würde. Das ist aber dennoch ein Szenario, das man langfristig erwägen sollte. Es wäre eine billigere und bessere Lösung für uns alle statt ständig neuer Hilfen.« Damit werden die ökonomischen zu politischen Spaltungslinien. Diese verlaufen nicht entlang der Frage der Staatsverschuldung, wie die öffentliche Debatte suggeriert, sondern zwischen EU-Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen und -defiziten. Den Ländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten wird von der Europäischen Kommission – außerhalb der Euro-Zone in Arbeitsteilung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) – eine scharf pro-zyklische Politik aufgedrängt, deren Kern die Kürzung von Reallöhnen im öffentlichen Dienst und Einschränkungen bei Pensionen stehen. Für die Kernländer der EU gibt es hingegen noch eine leicht anti-zyklische Ausrichtung. Dass die Defizite der einen die Überschüsse der anderen sind, wird in der publizistischen Debatte in Deutschland und Österreich ausgeblendet. So bleibt auch die Fragwürdigkeit neo-merkantilistischer Strategien auf die Erzielung von Exportüberschüssen ausgerichteter Strategien außerhalb der Mainstream-Diskussion. Denn dies würde die Akkumulationsmodelle Deutschlands und Österreichs in Frage stellen und eine deutlich stärker expansive Lohn- und Fiskalpolitik nahelegen.

Joachim Becker gibt zunächst einen Überblick über die unterschiedliche Krisenanfälligkeit in Europa und identifiziert dabei die Konzentration der Akkumulation auf »fiktives Kapital« und das Leistungsbilanzdefizit als kritische Größen. Bei einer Finanzialisierung gewinnt der Finanzsektor überproportional an Bedeutung. Am kreditfinanzierten Boom der hochgradig finanziarisierten Ökonomien partizipieren

auch die Länder mit hohen Exportüberschüssen. In der Folge clustert *Becker* die europäischen Staaten nach der Form der Finanzialisierung sowie der Art der Außenorientierung des Akkumulationsregimes (beispielsweise massen-basierte oder elitäre Finanzialisierung) und kontrastiert diese Akkumulationsmodelle zwischen den EU-Staaten inklusive den neue Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und Ländern in Südosteuropa. Hierbei wird deutlich, dass die Krise in den hochgradig finanziarisierten Ökonomien besonders tief ist. Als besonders krisenanfällig haben sich die Länder Osteuropas erwiesen, die ihr Wachstum mit Auslandskrediten finanziert hatten. Ein hoher Finanzialisierungsgrad erwies sich auch budgetär als besonders teuer. In der Frage der fiskalischen Stimulierungspolitik identifiziert *Becker* tendenziell eine Bruchlinie zwischen Ländern mit Leistungsbilanzüberschuss und hohen Leistungsbilanzdefiziten.

Nach dieser komparativen Analyse der Akkumulationsmodelle vertiefen die beiden folgenden Beiträge Fragen nach den Ursachen der herrschenden Finanz- und Wirtschaftskrise. *Brigitte Unger* stellt dabei nach einer kritischen Analyse der gängigen ökonomischen Krisenerklärung die Entwicklung der Vermögens- und Einkommensverteilung (beziehungsweise Ungleichverteilung) in den Mittelpunkt der Diskussion und kommt zu dem Schluss, dass die Ungleichgewichte zwischen dem realen und finanziellen Sektor und die damit verbundenen steigenden Ungleichverteilungen zwischen persönlichem Einkommen und Vermögen die Krisenanfälligkeit der Ökonomien erhöht haben. Nachdem die in den vergangenen Monaten getätigten Massnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise nicht an der bestehenden und wachsenden Ungleichverteilung ansetzten, sieht *Brigitte Unger* in diesen Massnahmen nur beschränkte positive Effekte. Im Gegensatz dazu konzentriert sich *Birgit Sauer* bei der Deutung der aktuellen Krise auf eine geschlechterspezifische Analyse. Dabei kommt die Autorin zu dem Schluss, dass es bei den erfolgten Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft nicht um die Frage nach einer Rückkehr zum Keynesianismus geht, sondern vielmehr ein, wie sie es nennt, »Opelismus« im Mittelpunkt steht, der nicht nur als Rechtfertigung des Neoliberalismus dient, sondern auch die geschlechterspezifischen Verhältnisse verhärtet. Vornehmlich männliche Arbeiter werden schließlich durch die Rettung von *Opel* (»Opelismus«) unterstützt, während die überwiegend weiblichen Mitarbeiterinnen von *Arcandor* nicht unterstützt werden.

Sebastian Leitner und *Agnieszka Dziwulska* greifen die im Beitrag von Joachim Becker beschriebenen Entwicklungsdifferenzen zwischen osteuropäischen Staaten auf und diskutieren die Effekte für das Baltikum beziehungsweise Russland. Das Baltikum und Russland weisen Ähnlichkeiten sowohl in den massiven Wachstumsraten von 2000–2007, als auch im starken Einbruch der Wirtschaft nach 2007 auf. Auch bei den Auslösern der Krise können in den Beiträgen von *Sebastian Leitner* und *Agnieszka Dziwulska* Ähnlichkeiten verortet werden. Ein signifikanter Anteil der wirtschaftlichen Entwicklung ist auf ausländisches Kapital und Direktinvestitionen zurückzuführen, die zum einen die Abhängigkeit vom Ausland forcierten und zum anderen besonders im Fall von Russland nur zu einem geringen Teil in die Erneuerung von Anlageinvestitionen geflossen sind. Weiters identifiziert *Agnieszka Dziwulska* die Abhängigkeit der Exporte auf Öl- und Gasprodukte als wesentlichen Faktor für die Krisenanfälligkeit Russlands. Gleichzeitig zeigt sie das Potential und die Bedeutung des staatlichen Eingriffs zur Wiederbelebung der Wirtschaft auf, die

durch die großen staatlichen Reserven möglich wurden. Hier wiederum liegt ein wesentlicher Unterschied in der Vorgangsweise im Vergleich zu den Baltischen Staaten. *Sebastian Leitner* zeigt, dass das Baltikum nach Ausbruch der Wirtschaftskrise mit prozyklischen Massnahmen reagiert hat und versucht hat, einen fiskalischen Sparkurs zu fahren.

Dass die unterschiedliche Krisenanfälligkeit in den EU-15 unmittelbar die privaten Haushalte belastet, wird im Beitrag von *Elisabeth Springler* verdeutlicht. Der Ansatzpunkt ist der Immobilienmarkt und die durch schwankenden Immobilienpreise steigende finanzielle Belastung der Haushalte. Es zeigt sich, dass die Tatsache, dass Haushalte in Staaten wie Großbritannien und Spanien besonders negativ von den Entwicklungen am Wohnungsmarkt betroffen sind, auf den institutionellen Finanzierungsrahmen und die Rolle des Staates bei der Wohnraumbereitstellung zurückgeführt werden kann. Je stärker das staatliche Engagement bei der Wohnraumbereitstellung und -finanzierung, desto mehr Alternativen des sozialen Wohnraums stehen Haushalten unterschiedlicher Einkommensklassen zur Verfügung und reduzieren die finanzielle Belastung der Haushalte in Krisenzeiten.

Nach diesen komparativen Analysen und Länderstudien zu den Ursachen und Effekten der herrschenden Wirtschaftskrise widmen sich die Beiträge von *Vanessa Redak* und *Beat Weber*, *Beat Weber* und *Stefan Schmitz*, sowie *Christa Schlager* und *Georg Feigl* einer kritischen Diskussion der erfolgten Maßnahmen zur Bankensicherung und Konjunkturstabilisierung, beziehungsweise den budgetpolitischen Konsequenzen dieser Maßnahmen. *Vanessa Redak* und *Beat Weber* verdeutlichen dabei, dass die ergriffenen Massnahmen zur Neuregulierung des Finanzmarktes nicht von der Gefahr einer inhärenten Instabilität des Systems ausgehen und damit auch keine der darin angestrebten Forderungen erfüllen. Somit ist kein Paradigmenwechsel oder Abkehr von neoliberaler Wirtschaftspolitik durch die Re-Regulierung des Finanzsektors auf Europäischer Ebene, zu erwarten. *Beat Weber* und *Stefan Schmitz* schließen unmittelbar an die Frage nach der Stabilisierung des Finanzsektors an, indem sie die erfolgten Bankenrettungspakete evaluieren und der Frage nachgehen, wodurch die nationalen Unterschiede in den Reaktionen auf die Bankenkrise aus politikwissenschaftlicher Sicht zurückzuführen sind. Dabei wird deutlich, dass die zukünftigen Belastungen der SteuerzahlerInnen einen wichtigen Beitrag bei der Entscheidung nach dem Volumen der Hilfspakete leisten. Eben diese Frage nach den budgetpolitischen Konsequenzen des europäischen und nationalstaatlichen Eingriffs ist es, der *Christa Schlager* und *Georg Feigl* mit speziellem Fokus auf die österreichische Situation nachgehen. Die AutorInnen kommen auch für diese Fragestellung zu dem Schluss, dass das Eingreifen des Staates nicht mit einem langfristigen Paradigmenwechsel oder einer Abkehr neoliberaler Wirtschaftspolitik gleichzusetzen ist, sondern mit einem kurzfristigen pragmatischen Eingreifen. Abschließend werden Vorschläge für eine alternative wirtschaftspolitische Vorgangsweise gegeben.

Die Debatte widmet sich den Diskussionen um die Vorzüge und Nachteile der Struktur- und Bildungsreform, die durch den Bologna-Prozess in den letzten 10 Jahren umgesetzt wurden. Während die Einen, vor allem die Bürokraten des Systems, das 10-jährige Bestehen des Reformprozesses feiern, protestieren die Anderen, hier vor allem Studierende und auch MitarbeiterInnen der Universitäten, vehement gegen die Strukturreform.

Joachim Becker, Elisabeth Springler